

# Volkstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die 'Volkstimme' erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. - Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Prannich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. - Fernsprechnr. 1111. - Für Inserate Nr. 1567. für die Redaktion Nr. 1794. für den Verlag und die Druckerei: Nr. 66. - Postzeitungsnr. 2. Nachtrag, Seite 110. - Bezugspreis: Vom 14. bis 20. Januar 70 Pfennig, Abholer: 65 Pfennig.

Anzeigenpreis in Goldprenten: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Kopierspaltbreite Zeile, 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Bekanntmachungen 20 Pfennig. Belegblätter 20 Pfennig. Die dreispaltige 10 Millimeter breite Zeile 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Spaltenzahl = ein Dollar kostet durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. - Für Platzveränderungen keine Gewähr. - Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 13. Magdeburg, Mittwoch den 16. Januar 1924. 35. Jahrgang.

## Die Wunden Europas.

Am Montag begann der Sachverständigen-Ausschuss der Reparationskommission in Paris seine Arbeiten. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Amerikaner James gewählt, dessen Antrittsrede geeignet ist, in der ganzen Welt hereditäres Aufsehen zu erregen. Die

### schonungslos Aufrichtigkeit.

mit der der Redner die Finger in die Wunden Europas gelegt hat, wird alle diejenigen aufhorchen lassen, die offen Tatsachen zum Trost noch immer nicht begriffen haben, welcher Art die europäische Krise entgegensteht, wenn nicht endlich eine vernünftige Lösung für das Reparationsproblem gefunden wird.

Darüber hinaus ist es bedauerlich, daß die Einheit und Geschlossenheit der Alliierten heute mindestens eben so notwendig sei wie im Krieg. Aber wie man damals erst, gezwungen von der bitteren Notwendigkeit, dazu gelangt ist, so scheint man auch diesmal erst unmittelbar

### am Vorabend der Katastrophe

die erforderlichen Entschlossenheiten aufzubringen. Der Erfolg der Arbeiten des Sachverständigenausschusses werde ausschließlich abhängen von der Frage, ob die öffentlichen Meinungen der alliierten Länder in der Welt eine klare Vorstellung von der Größe der Gefahr habe, die jedes einzelne der alliierten Länder und Europa in seiner Gesamtheit bedrohe, wenn nicht endlich der gesunde Menschenverstand sich durchzusetzen vermag.

Der Durchbruch scheint sich in allen Ländern nicht über die Hindernisse klar, die einer Klärung der Reparationsfrage im Wege stehen. Diese Hindernisse hätten ihren Ursprung im nationalen Hochmut, in der Ueberheblichkeit und den egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Mächte, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten internationalen Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung desgleichen in den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und dem unüberwindlichen Geißel jener widerlichen Demagogen, der

### nationalistischen Demagogen aller Länder,

die in dem gemeinsamen Unglück das Mittel sahen, ihre eignen trügerischen Hoffnungen in ein besseres Licht zu setzen.

Die beiden amerikanischen Delegierten, die im Austausch nicht die amerikanische Regierung, sondern nur ihre eigene Auffassung vertreten, seien gekommen ohne vorgefaßte Meinung und ohne von dem Wunsche getrieben, der Reparationskommission bei der Lösung einer Frage zu helfen, von der das Gedeihen der ganzen Welt abhängt. In Amerika könnte man die Unfähigkeit der Alliierten, sich endlich auf eine gemeinsame Haltung zu einigen,

um so weniger begreifen, als dieses Unvermögen Europa in eine außerordentlich kritische und gefährliche Lage gebracht habe.

Das Reparationsproblem sei bisher von der falschen Seite aufgestellt worden; man habe dem Wechsel der Verhältnisse bisher keinerlei Rechnung getragen. Alle wirtschaftlichen Argumente seien nicht als Tatsachen, sondern als das, was man sonst gern wahr haben möchte, betrachtet worden. Für fünf Jahre lang habe man juristische und ökonomische Diskussionen geführt und endlose Statistiken rekrutiert und während dieser Zeit die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands, eine nach der andern, und damit seine Produktionsfähigkeit

### in sich zusammenbrechen lassen.

Dabei sei keinem der alliierten Länder die Folgen dieser Politik erwartet gekommen. Auch der Kredit habe unter dem Zusammenbruch der deutschen Reparationsfähigkeit, die eine der wichtigsten Stützen der europäischen Zahlungsfähigkeit sei, sehr gelitten. Jetzt endlich scheint die Erkenntnis der Zusammenhänge eine Mentalität erzeugt zu haben, der die Sachverständigenausschüsse ihre Zukunftsberufung verdanken. Diese würden sich den ihnen eingeräumten Aufgaben gemäß, jeder politischen Betrachtungsweise entziehen und es der Reparationskommission überlassen, aus ihren rein wirtschaftlich-finanziellen Gutachten die politischen Schlüsse zu ziehen.

### Die wichtigste Aufgabe sei jetzt

#### Deutschland wieder produktionsfähig zu machen

durch Senkung seines Budgets und Einschränkung seiner Währung. Erst dann werde man positionen und aufrechterhalten, Laufen gegenüberstehen auf dem

weiter aufbauen sollte. Wodurch es jetzt ankommt, sei, Deutschland bei seiner Heilung zu helfen. Wichtiger als das deutsche Zahlungsvermögen sei für den Sachverständigen-Ausschuss, daß er selbst den Mut aufbringe, zu handeln und seine Zeit nicht unnützlich zu verlieren in Formalitäten und konventionellen Kläglichkeiten. -

### Bittere Erfahrungen.

Ueber die Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage bei den sächsischen Gemeindevahlen wird uns geschrieben:

Die Gemeindevahlen in Sachsen haben mit einem Mißerfolg der Sozialdemokratie geendet. Er kommt nicht unerwartet. Schon lange mußte man die Entwicklung in Sachsen mit Sorge verfolgen, und jeder Kenner der Verhältnisse wußte, daß die Sozialdemokratie in Sachsen an Schlagkraft arme Einsätze erlitten hatte.

Analysiert man die Wahlergebnisse, so ergibt sich zunächst, daß in den wichtigsten Gemeinden, insbesondere in den Städten, die bürgerlichen Parteien gegenüber der Arbeiterklasse zum Teil beträchtliche Fortschritte gemacht haben. Dann hat die Sozialdemokratie Stimmen und Mandate an die Kommunisten verloren, während andererseits bei den Bürgerlichen die Rechtsradikalen an Einfluß zugenommen haben. Schließlich scheint die Wahlbeteiligung, obwohl es sich um die ersten Wahlen nach der neuen demokratischen Gemeindeordnung handelt, stark zurückgegangen zu sein. Dieser Rückgang schlug fast völlig gegen die Arbeiterklasse aus. Es sind also Zeichen früherer sozialdemokratischer Wähler der Indifferenz verfallen.

Die Ursachen dieser Krise liegen klar zutage. Der Ausnahmezustand, der in Sachsen mit besonderer Schärfe gegen die Arbeiterklasse angewandt worden ist, hat zum Teil einschüchternd gewirkt und sicher manche Arbeiter, die politisch weniger gefestigt waren, von der Wahl abgehalten oder gar ins bürgerliche Lager geziehen. Vor allem aber hat der Ausnahmezustand, wie wir das stets betont haben, radikalisiert und gewirkt. Der Ausnahmezustand hat die kommunistische Bewegung nicht nur gefördert, sondern ihr an gewissen Orten überhaupt eine politische Bedeutung verliehen. So haben die Kommunisten in Leipzig, wo sie früher eine untergeordnete Rolle spielten, 68 000 Stimmen erhalten gegen 90 000, die auf die Sozialdemokratie entfielen.

Noch wichtiger mußte aber der immer heftiger geführte Parteistreit auf die Werbestärke der Sozialdemokratie wirken; das muß im Interesse der Partei offen gesagt werden. Die Taktik, trotz aller Enttäuschungen, trotz aller Besamien und Treubrereien, die die Kommunisten gegen die Partei begingen, an einem Zusammengehen mit diesen treulosen Gegnern festzuhalten, mußte Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse tragen. Das um so mehr, wenn die eignen Vertrauensmänner noch Strich und Faden heruntergerissen, die Politik der Partei in Grund und Boden kritisiert wurde. Die verderblichen Folgen konnten nicht ausbleiben. Ein Teil der Parteigenossen wurde von jeder Mitarbeit abgefordert, je mehr die politischen Gegensätze zu persönlichen Kämpfen ausarteten. Ein anderer Teil verlor den Glauben an die Sozialdemokratie, ein letzter Teil ging zu den Kommunisten, da sie so von eignen Parteifunktionären immer wieder hörten, daß viele sozialdemokratische Vertrauensmänner laue und vertrauensunwürdige Vertreter ihrer Sache, die Kommunisten dagegen zwar vielleicht manchmal übereifrige, im ganzen aber eher proletarische Genossen seien. Natürlich haben die Gegner diese Situation reichlich ausgenutzt. Aber das ist keine Entschuldigung für die sächsische Parteiführung; selbst ein geringes Maß politischer Erfahrung hätte ihr sagen müssen, daß diese Art taktische Meinungsverschiedenheiten auszutragen, nur das Spiel der Gegner fördern würde. Das Resultat ist jetzt eine Schwächung der Partei im ganzen. Weder die freitenden Richtungen hat das Bürgertum gehegt und auf Jahre hinaus keine Macht in den Gemeinden, den Zellen des staatlichen Lebens, stiften können.

Das Wahlergebnis zeigt zugleich, daß die Politik, die die sächsischen Funktionäre auf dem letzten Landesparteitag mit so großem Eifer als einziger richtige proklamierten, gescheitert war. Der Ursprung der Gemeindevahlen-Widerstände ist der Forderung auf Auflösung des Landtags in diesem Augenblick. Zugleich ergibt sich

wie utopisch die Auffassung ist, nur durch die Kommunisten die Herrschaft des Proletariats in Sachsen zu befestigen. Das Zusammengehen mit den Kommunisten hat zum Resultat gehabt: die Schwächung der Sozialdemokratie und die Schwächung der Arbeiterbewegung überhaupt. In der Politik ergibt eben unter Umständen ein Zusammengehen nicht ein Mehr, sondern ein Weniger.

Es ist bezeichnend, daß die bürgerliche Presse die Bedeutung der sächsischen Wahlen übertriebt, von einer katastrophalen Niederlage" redet und Schlüsse für die Reichstagswahlen daraus zieht. Demgegenüber muß betont werden, daß der Parteistreit nirgends eine ähnliche Ausdehnung und ähnliche verhängnisvolle Formen angenommen hat wie in Sachsen, daß die Sozialdemokratie im größten Teile des Reiches, ungeschoren durch innern Streit den Gegnern gegenübertritt. Vor allem aber dürfen wir hoffen, daß der Ausgang der sächsischen Wahlen für die sächsische wie für die Gesamtartei zur erneuten Warnung und Lehre dienen wird. Meinungsverschiedenheiten und ihre Austragung dürfen die Kampfkraft und die Geschlossenheit der Partei nie schmälern. Denn die beste Taktik ist nicht diese, wenn sie nur mit einer erheblichen Schwächung des Proletariats durchsetzt werden kann, und die Partei muß ruiniert werden, wenn sie selbst den Einfluß ihres kommunistischen Gegners stärkt. Wird das herkömmlich, vorstehen es die Parteigenossen und die Vertrauensmänner, überall den Parteistreitigkeiten entgegenzutreten, die Geschlossenheit der Partei wiederherzustellen, wo sie durch den Ueberreifer jener, die sich für die allein echten Klassenkämpfer halten, gelitten hat, dann sind die bitteren Erfahrungen in Sachsen nicht umsonst gemacht worden. -

### Friede zwischen Weimar und Berlin.

Zwischen Thüringen und dem Reich ist nach langem Hin und Her ein regelrechter Friedensvertrag abgeschlossen worden, der am 14. in Form von Erklärung und Gegenerklärung veröffentlicht wird. Die Reichsregierung erklärt:

Die zahlreichen Beschwerden, die bei der Reichsregierung über die thüringische Landesregierung aus dem Land Thüringen eingegangen sind, jenseit des immer dringlicher von dort gestellte Forderung nach Einsetzung eines Reichskommissars haben die Reichsregierung veranlaßt, auf Grund des Artikels 15 der Reichsverfassung Befugnisse an die thüringischen Landesregierungsbehörden zu senden.

Die Berichte der Bevollmächtigten sind in eingehenden Verhandlungen mit den thüringischen Ministern erörtert worden. Die thüringische Landesregierung erklärt in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sich nicht den Vorschriften der thüringischen Landesverfassung. Die gegen die thüringische Landesregierung erhobenen Beschwerden haben sich auch nach der eingehenden Ausprache mit den Vertretern der Landesregierung zu einem erheblichen Teil als begründet erwiesen. Namentlich abt die Besetzung des Reichskommissars durch die Landesregierung der Reichsregierung zu schweren Bedenken Anlaß, weil die Grundzüge des Art. 15 der Reichsverfassung nicht aufrechterhalten werden. Verschiedene Reichsbeamte, welche im Zusammenhang mit der Beamtenpolitik stehen, bilden ausser dem Gegenstand besonderer Untersuchung.

Die thüringische Landesregierung legt in einer Gegenerklärung ihre Auffassung wie folgt dar:

Die thüringische Landesregierung behauptet, daß nach wie vor, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe begründet sind und daß sie sich verteidigt, mit Maßnahmen auf Grund des Artikels 15 der Reichsverfassung gegen die vorangehend. Die Landesregierung ist verfassungsmäßig, obwohl sie in der Zeit ihrer Existenz der Landesverfassung nicht ganz genügt. Es ist aber vor der Neuwahl des Landtags nicht möglich, eine Ergänzungsmacht vorzunehmen oder eine Vertrauenskräftigung der gegenwärtigen Regierung durch den Landtag herbeizuführen. Die Vertreter der Landesregierung hat die heilige Pflicht, nicht zu scheitern.

Die Landesregierung hat deshalb folgende Maßnahmen beschlossen: Die thüringische Landesregierung wird beschleunigen, Beförderungen, Entlassungen, Versetzungen von Beamten oder Aufhebung sowie Versetzungen von Beamten einschließlich der Hochschullehrer und Lehrer bis zur Beendigung der Landesregierung nur mit Zustimmung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern vornehmen und die nach dem thüringischen Recht über die Verabreichung der Personalangelegenheiten vom 28. Dezember 1922 (Gesetzsammlung S. 389) dem Staatsministerium oder einem einzelnen Ministerium zustehenden Befugnisse nur mit Zustimmung dieses Ausschusses ausüben.

Vorsitzender des Ausschusses ist der Präsident des Oberlandesgerichts in Jena. Von den übrigen Mitgliedern des Ausschusses werden zwei von den vereinigten bürgerlichen Parteien, zwei von der sozialdemokratischen Partei des Landes Thüringen



## Reallohne verschiedener Länder.

Die englische Wirtschaftszeitung „The Statist“ gibt eine Zusammenstellung, die erstmalig einen Überblick über die in England geltenden Reallohne in verschiedenen Branchen vermitteln soll. Es handelt sich um im Oktober vorigen Jahres geltende Löhne, die aber selber nicht allzu großen Veränderungen unterliegen haben. Der allgemeinen Vergleichbarkeit wegen sind nicht einfach die absoluten Geldbeträge, sondern deren relative Steigerung gegenüber dem Juli 1911, der als Basis gleich 100 gesetzt ist, angeführt. Diese nominelle Steigerung der Geldlöhne ist dann durch den entsprechenden Lebenshaltungskostenindex, der die Preissteigerung der notwendigen Lebenshaltungsmittel anzeigt, so daß die nachfolgenden Maßzahlen die Kaufkraft der Löhne gegenüber Juli 1914 = 100 angeben:

Branchen	England	Irland	Branchen	England	Irland
Margarine	137	207	Landw. Maschinen	127	142
Zucker, Konfitüren u. Nahrungsmittel	112	108	Wagenbau	100	140
Wolle	132	178	Holzhandel	111	139
Düngemittel	131	178	Möbel-Industrie	106	136
Wollg.	123	170	Maschinenerei	131	185
Getreide	103	170	Textil-Industrie	98	123
Papier	119	155	Erzschmelzmaterial	95	124
Mühlen	117	151	Metalle	118	122
Druckerei, Buchbind.	123	148	Fahrrad	98	121
Schuh	118	146	Maschinenindustrie	98	107
Tabak	85	142			

„Glückliche Arbeitsbrüder in England,“ wird mancher Leser denken, wenn er diese Zusammenstellung durchflücht und mit seinem eignen Reallohn vergleicht, der knapp ein Viertel des Friedensstandes ausmacht. (Löhne und Gehälter 50 Prozent; und darunter bei im Durchschnitt mehr als verdoppelten Preisen.) In England dagegen ist nach der Tabelle eine Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiter gegen die Vorkriegszeit um 12 Prozent, in Irland sogar um 47 Prozent festzustellen. Nur in der Tabakindustrie ist sie um 12 Proz. gesunken. Ferner, aber nur geringfügig, ist sie gesunken in der Zute-, Eisenbahnmaterial-, Fahrrad- und Maschinenindustrie. Die Kaufkraft der englischen Vergewerklöhne hält sich in gleicher Weise berechnet, gegen 1914 die Waage.

In Holland ist die Kaufkraft der Löhne ebenfalls gestiegen. Ähnliche Zusammenstellungen weisen in Amsterdam eine Steigerung gegen die Vorkriegszeit um 60 Prozent, im Haag um 50 Prozent auf.

Die Arbeiter im siegreichen Frankreich sind wirtschaftlich genau so Argesamer wie die Arbeiter im besetzten Deutschland. Wenn auch in etwas erträglicherem Maße. Statistisches Material darüber liegt nicht vor. Ein Bild gibt jedoch die Tatsache, daß in Paris die Lebensmittelpreise die Friedenspreise um das Fünffache überstiegen haben, während die Arbeiter und auch die Angehörigen nur etwa den dreieinhalbfachen Friedenslohn haben. Der Reallohn selbst steht nach der „Frankfurter Zeitung“ 10 Prozent unter dem der Vorkriegszeit.

Der deutsche Arbeiter ist der schlechtest bezahlte der ganzen Welt. Das ist eine Schande für die deutschen Kapitalisten. Zwar muß in Rechnung gestellt werden, daß Deutschland den Krieg verloren und Reparationen zu leisten hat, aber nicht allein aus den Knochen der Arbeiter, während die Kapitalisten sich von den Lasten des Krieges drücken und weitere Profite zusammenharren. Das muß ein Ende haben. Auch die Kapitalisten sollten sich, wenn nicht aus menschlichen, so doch aus Klugheitsgründen sagen: Wir müssen auskömmliche Löhne zahlen, denn mit dem deutschen Arbeiter verhungert auch seine Arbeitskraft, die Quelle uners Wohllebens.

## Der Sturz des Franken.

Der französische Frank erlitt im Jahre 1923, an dem amerikanischen Dollar gemessen, eine Abschwächung von rund 35 Prozent. Die Rückwirkung auf das französische Preisniveau hat sich bis jetzt noch nicht recht durchsetzen können, da es infolge niedriger Löhne für Arbeiter, Beamte usw. unter starkem Druck gehalten wurde.

Der französische Index konnte sich so von April bis Oktober 1923 nicht entsprechend der Frankverwässerung verändern. Trotzdem übersteigt die Inflation die Preise in Frankreich nicht unerheblich hinaus. Die offiziell notierten Mittelpreise betragen für:

	30. Dezember 1922	30. Dezember 1923
Brot 100 kg	500 Frank	700 Frank
Eier 100 Stück	500	750
Butter 100 kg	1400	1700
Weiß 100 kg	85	125
Woll 100 kg	200	350
Böhen 100 kg	100	350

Immerhin sind, über den Dollar ungeredet, die französischen Preise niedriger als in Deutschland. Jedoch scheint sich jetzt auch in Frankreich eine Veränderung zu vollziehen, da die französischen Volkproduzenten die Preisstellung in Auslands-Währung beschlossen haben, die, wie wir das in Deutschland erleben haben, fast einen Ausgleich der Weltmarkt- und der heimischen Preise herstellen wird.

Der Sturz des Frank hat am Montag eine geradezu katastrophale Verfallung erfahren; die Senkung gegenüber Sonnabend macht über 20 Prozent der Parität aus. Das Pfund ist von 90,46 auf 86,12, der Dollar von 21,19 auf 22,50 gestiegen.

## Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Dienstag

### Notizen.

Schüsse auf den Parteigenossen. Der Polizeipräsident von Berlin hat eine Bekanntmachung nachstehenden Wortlauts erlassen, die an den Berliner Aufständischen persönlich: wird: Montag, 7. Januar, abends gegen 6 1/2 Uhr, wurde im Haus Döberberger Straße 15 ein durch zwei Schüsse schwer verletzter Mann von Hausbewohnern aufgefunden. Der Verletzte wurde als der Arbeiter Johann Klaus festgestellt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Klaus unter einem Vorwand von zwei Personen aus seiner Wohnung herausgelockt und im dunkeln Hausflur niedergeschossen worden. Die Täter sind nach Abgabe der Schüsse die Döberberger Straße entlang in Richtung Nordbahnhof geflüchtet. Der Verdacht liegt, wie einwärtig feststeht, auf politische Beweggründe zurückzuführen. Klaus, der selbst der kommunistischen Partei als Mitglied angehört, sollte von Parteigenossen „erschossen“ werden, weil man ihn des Parteiverrats verdächtigte. Als Täter kommen zwei Personen in Frage. In kommunistischen Parteikreisen unter dem Namen „Rosa“ und „Rita“ bekannt sind. Der der Polizei nachrichtliche Mitteilung nach, die zur Abschaffung vorgenannter Täter führen, erklärt die ausschließliche Beteiligung von 500 Goldmark. Alle Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind zu schreiben an das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung 1A, Zimmer 339 bzw. 344.

Kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der „Vorwärts“ meldet, die Verhütung der Währung habe bereits einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Eine Gesamtübersicht fehlt zwar noch, doch liegen bereits die Ergebnisse der Zählung über den Beschäftigungsgrad im Fertigungsgewerbe von Deutschen Textilarbeiterverband, der gewöhnlich ein wöchentliches Messer unserer Gesamtwirtschaft ist, vom Ende Dezember vor. Während die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter im November noch 73 Prozent aller Mitglieder betrug, ging diese Zahl im Dezember auf 50 Prozent herab. Die Zahl der Vollarbeiter stieg gegenüber dem Vormonat auf mehr als das Doppelte.

Berurteilte Deutschbittliche. In Königsberg (Preußen) wurden zwei deutschbittliche Madonnen zu je 3 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zeitungsverbot. Das sozialdemokratische „Kappler Volksblatt“ ist wegen eines Berichtes über die Reichstagsauschussverhandlungen, in welchen über die Verhinderung des Abgeordneten Sollmann gegen den General Lojberg entschieden wurde, bis zum 16. Januar verboten worden. Dem Militärschlichter selbst die Heberzeitung „Eine Woche für General Lojberg“ nicht.

Nahr verboten. Die in Würzburg erscheinende, auf dem linken Flügel der christlichen Arbeiterpartei stehende Zeitung „Das neue Volk“ wurde vom Staat auf vier Wochen verboten.

Vor schweren Kämpfen im Kölner Braunkohlgebiet. Die Funktionäre und Vertrauensleute der im Kölner Braunkohlgebiet und der in Frage kommenden freien Gewerkschaften nahmen in einer stark besuchten Funktionärerversammlung zu dem Schiedspruch in Braunkohlwerken Stellung, der die Wiederaufnahme des Streikens unter Lohnverhältnissen bringt, die unerschwinglich sind. Einstimmig lehnte die Versammlung die Annahme des Schiedspruchs ab. Damit hat sich im Braunkohlbergbau die Situation sehr zugehäuft, so daß in den nächsten Tagen mit großen Kämpfen zu rechnen ist.

Ein harktes Jahr Gefängnis wegen Nichtannahme von Papiergeld. Vor der Strafkammer in Düsseldorf hatten sich die Geschäftsinhaberin Agnes Tschentscher und der frühere Ballmeister Ludwig Tschler wegen Nichtannahme von Papiergeld zu verantworten. Beide betrieben ein Geschäft mit Wollwaren und Lebensmittel, das vor einiger Zeit von der Polizei wegen Unzuverlässigkeit der Inhaber geschlossen wurde. Es wurde auch nachgewiesen, daß Frau Tsch. im November den Verkauf von Wollwaren gegen Papiermark ausdrücklich abgelehrt hat. Bei A. Tsch. sich dieser Beweis nicht führen. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für schuldig und beantragte gegen beide je 1 Jahr Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe. Der Gerichtshof sprach A. frei und erkannte gegen die Angeklagte Tschentscher auf 6 Monate Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe.

Berurteilte Kommunisten. Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik sowie gegen verschiedene Paragraphen des Strafgesetzbuchs hatten sich in städtischer Verhandlung vor der Strafkammer 13 Kommunisten zu verantworten, die im Oktober vorigen Jahres Ueberfälle auf eine Schar Ausschläger am Lohrberg, auf das Sporthaus des Sportplatzes von 1850 und auf das Reichstum eines Gastwirts unternommen hatten. Nach Auflösung der proletarischen Hundertschaften unterhielten die Angeklagten eine die gleichen Ziele verfolgende Organisation. Das Gericht beurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 1/2 Jahren. In zwei Fällen erfolgte Freisprechung.

Verhaftungen in Warschau. Die Leiter der illegalen Organisation „Vereinschaft der politischen Patrioten“ wurden verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß die Fäden der Verwicklung in einem aus Sozialdemokratischen faszierten Ministerium zusammenhielten. Zu den Mitgliedern gehören mehrere ehemalige Minister. Verhaftet wurden u. a. der Präsident der Organisation, Konstantinowski, die ehemaligen höheren Offiziere Garganelli und Jankowski, der Industrielle Leszczynski und etwa fünfzig andre Personen. Nach dem sozialdemokratischen „Makomil“ wurden die Mitglieder der Geheimorganisation in einer Kirche verhaftet. Auf den Verhaftungen der Geheimorganisation stand der Tod. Die Organe der Rechte leugnen jeden Zusammenhang der Nationaldemokraten mit der faschistischen Verwicklung.

Eine konterbaitue Mine. Das Scheitern der zwischen der englischen Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer und den dortigen Eisenbahngesellschaften geführten Verhandlungen läßt den Eisenbahnerstreik in drohender Nähe erscheinen. In den Kreisen der Gewerkschaften wird befürchtet, daß der Streik im Prinzip bereits beschlossen sei, daß jedoch über den Zeitpunkt seines Beginns noch nichts festgelegt werden könne. Die Differenzpunkte, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, sind die folgenden: 1. Die Eisenbahngesellschaften weigern sich, den am Sonntag beschäftigten Beamten und Heizern den vollen Tagesverdienst zu garantieren. 2. Die tägliche Mindestlohnleistung, die bisher 120 Meilen betragen hat, sollte auf 170 Meilen erhöht werden. 3. Die Löhne auf der Grundlage einer 30 Stunden Arbeitszeit fallstehenden Abteilungen sollten künftig auf 8 Stunden verlängert werden. — Da der Ausbruch des Streikes mit der Uebernahme der Regierung durch die Arbeiterpartei zusammenfallen dürfte, ist die Vermutung einer konterbaitue Anträge nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn die konservativen verfolgen offenbar den Zweck, MacDonald gleich in den ersten Tagen seiner Regierung vor ungewöhnliche Schwierigkeiten zu stellen und die Liberalen von der Unterstützung einer Arbeiterregierung abzuschrecken.

## Depeschen.

Hilfe für die deutsche Arbeiterbewegung.

Wh. London, 15. Januar. „Daily Telegraph“ zufolge wurde ein von dem Sekretär des Generalkomitees des Gewerkschaftskongresses, Frank Bramley, und dem Sekretär des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei, Arthur Henderson, unterzeichnete Aufruf an die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien und ihre Anhänger gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, der Arbeiterbewegung in Deutschland finanziell zu Hilfe zu kommen. Es heißt in dem Aufruf u. a., es sei unmöglich, die vollkommen phantastischen Verhältnisse, die durch den katastrophalen Sturz der Währung in Deutschland herbeigeführt worden seien, zu schildern.

# 10 billige Verkaufstage vom 10. bis 22. Januar

in nachstehenden Posten, soweit Größen und Weiten vorrätig:

Gummimäntel	besonders verteilbar	29.50	32.00	38.00	45.00	Sportanzüge	von Wert	40.00	an
Lodenmäntel	mit Innenbeleg u. Innenfutter	25.00	28.00	32.00	38.00	Sommer-Schlüpfer	Wert	40.00	45.00 65.00
Fahrmäntel	schwere gute Qualitäten	48.00	55.00	65.00	88.00	Damen-Gummimäntel	Wert	34.00	37.00 und besser

## Reinwollene Damen-Sport-Blusen u. -Röcke

im Preise bedeutend herabgesetzt!

Ein Posten Herrenhüte	Größe Wert	3.95	4.50	6.50	8.50	Herren-Straßenwesten	Wert	4.50	5.50	7.00	und	9.00	
Ein Posten Herr.-Sportmützen	Wert	1.00	1.50	2.00	3.00	Oberhemden	Größe	6.00	und	8.50	Nachthemden	Größe	9.00
Ein Posten Wickelgamaschen	Paar Wert	1.50				Damen-Lederhüte	Wert	10.00	15.00	und	25.00		

181 Breiteweg 181  
Eingang Himmelreichstr.

# Otto Topp

181 Breiteweg 181  
Eingang Himmelreichstr.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Januar 1924.

Das Elend der Erwerbslosigkeit.

Am Montag fand im „Hoffäger“ wieder eine Erwerbslosenversammlung statt. Sie war gut besucht, was bei der Zahl der Erwerbslosen, die wir in Magdeburg haben, kein Wunder ist. Es gibt hier gegenwärtig 14 000 Erwerbslose — 10 000 erhalten Unterstützung — und über 50 000 Kurzarbeiter. Die Ursprungsperson in der Metallindustrie hat die Zahl der unfreiwillig Feiernden weiter erhöht. Man fragt sich, wieviel Arbeiter in Magdeburg eigentlich noch voll beschäftigt sind und von ihrer Hände Arbeit leben können. Es fehlt an Waren aller Art, an Wohnungen und vielen andern Dingen. Es ist Arbeit über Arbeit notwendig in Deutschland und in der ganzen Welt. Und Millionen möchten arbeiten, sie drängen sich danach, kämpfen um Arbeit und bekommen doch keine. Kräftige Männer, junge Burshen, fleißige Frauen, die bereit wären zu jeder Arbeit, sie müssen feiern, werden jeden Tag armer, sehen, wie ihre Wirtschaft zersfällt, ihre Kinder verkümmern und können nichts ändern. Es sind die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, deren Grundgesetz nicht ist, Güter herzustellen, um Menschen zu versorgen, sondern die Besitzlosen nach Bedarf auszubeuten oder auch beiseitezumerwerfen.

Es gab in früheren Jahren auch schon Erwerbslosigkeit. Solange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, haben die Arbeiter darunter zu leiden. Aber die Leiden haben sich verzehnfacht. In unserer total zerrütteten Wirtschaft kommt es vor, daß Arbeiter jahrelang ohne beständige Beschäftigung sind. In ihrer Verzweiflung suchen die Erwerbslosen nach Mitteln der Rettung. Sie sind, das ist erklärlich, sehr leicht geneigt, den Leuten zu folgen, die die allerstärksten Mittel vorschlagen und die allerführsten Parolen aufstellen. Bei den Erwerbslosen finden deshalb die Kommunisten leicht Gehör. Es ist deshalb auch selbstverständlich, daß in den Erwerbslosenversammlungen vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften die heftigsten Vorwürfe erhoben werden. Der Kommunismus muß seiner Natur nach vor allem die sozialistischen Arbeiterorganisationen und -einrichtungen bekämpfen, die sind ihm die stärksten Hindernisse. In den kommunistischen Erwerbslosenversammlungen hört man darum kein Wort gegen eine Presse, die Erwerbslosenforderungen schimpft, alle Arbeiterforderungen verhöhnt, sondern nur gegen die sozialdemokratische Presse, die einzige Wortführerin der Arbeiterschaft in der deutschen Öffentlichkeit. Das liegt im Wesen des sogenannten Radikalismus, wird besonders geübt von der russischen Fakultät. Es wäre sehr töricht, gegen diese Art der Bezeugung von Aufmerksamkeit auch nur ein Wort zu sagen. Sie gehört eben zum Kommunismus. Eine Tragik liegt nur darin, daß die Erwerbslosen in ihrer Not nun auch noch mit-helfen, die Arbeiterbewegung zu schwächen. Es gibt aber in Deutschland keine wirtschaftliche Gesundung, keinen wirtschaftlichen Aufbau ohne starke sozialistische Arbeiterbewegung. Alle Hoffnung, alle Lebensmöglichkeit der Arbeiter in der Zukunft ist damit verknüpft.

Es geht den Erwerbslosen und es geht allen Arbeitern schlecht. Die Arbeiterorganisationen stehen in schweren Kämpfen und haben noch zu leiden unter Nachwirkungen der ungeheuren Selbstentwertung, die uns das zweite Halbjahr 1923 brachte. Aber die Zeiten ändern sich wieder, die Arbeit wird wieder verlangt, damit steigt die Kampfkraft der Arbeiter. Es ist nur zu wünschen, daß dann die Arbeiter auch fähig sind zu kämpfen, nicht gegeneinander, sondern gegen ihre Feinde. Die Kommunisten geben sich alle Mühe, jetzt schon dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft dann eine zerrüttete Front hat.

Die Kommunisten geben zunächst darauf aus, den freigeberischen Erwerbslosenrat zu beseitigen — der „nichts getan habe“; als ob er das Erwerbslosenehend beseitigen könnte — und durch einen andern zu ersetzen. In andern Städten ist ihnen das gelungen. Die kommunistischen Erwerbslosensräte haben dann Forderungen aufgestellt, an deren Erfüllung sie selbst nicht glauben. Es wurde eben im Sinne „höherer Befehle“ gehandelt. Es liegt ihnen auch gar nichts an der Erfüllung, sie wollen vor allem bei den Erwerbslosen Stimmung machen für die russische Methode, Stimmung gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei. Sie wissen, daß mit phantastischen Plänen und Parolen nichts zu bessern ist. Der bekannte P e t e r i hat in dem „Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschaften“ (R.A.) in einem lächerlichen Augenblick folgenden Ausspruch getan:

Eine Partei kann Parolen aufstellen, eine Wirtschaftsorganisation muß aber im täglichen Kampfe der Arbeiter, die aufgestellten Parolen durchzuführen, das ist wesentlich schwieriger!

In der Praxis fallen aber die Kommunisten der Arbeiterschaft stets in den Rücken, wenn sie im täglichen Kampfe versuchen will, diese Ziele zu erreichen. Es ist ein Elend der Erwerbslosigkeit, daß sie auch Männer und Frauen, die sonst klug und tüchtig sind, empfänglich macht für die kommunistischen Phantastereien.

Welche Miete ist am 1. Februar zu zahlen?

Ueber dieses Thema referierte am Donnerstag Stadterweiterer Becker in einer Wulauer Mieterversammlung im „Admiralpalast“. Die reichsgerichtliche Einführung der Goldmiete schmeiße infolge des energischen Einspruchs der Mieterbewegung vorderhand abgewehrt zu sein. Die Mieterchaft müßte trotzdem wachsam bleiben, die Gefahr kann jeden Augenblick wieder eintreten. Bedauerlich sei die große Interesselosigkeit vieler Mieterkreise, die „keine Zeit“ haben, sich einer so wichtigen Sache zu widmen. Mit der Durchführung des Mieterkampfes wird nicht nur das arbeitende Volk wohnungs- und heimlos, sondern auch die Rentnerwelt würde rechtungslos wie die Godmar in den Augen der Regierung zu erwarten. Von der gegenwärtigen Regierung habe das Volk wenig Gutes zu erwarten. Das Verschicken der politischen Parteien bei der Abstimmung über die Mietengesetze im Reichstag wird durch die Mieterpresse noch gründlich beleuchtet werden. Die Bundesleitung Dresden macht in jedem Rundschreiben auf diese Notwendigkeit aufmerksam. So habe zum Beispiel Reichstagsabgeordneter Schiffer vor einigen Tagen nach dem „General-Anzeiger“ erklärt: „Auf jeden Fall müssen aber die Wohnungsämter so schnell wie irgend möglich aufgelöst werden.“ Der Redner bedauerte, daß ein Mann in hoher Stellung einen solchen Satz aussprechen kann.

Es ist aber erfreulich, daß damit klipp und klar zum Ausdruck kommt, was die Mietererschaft von solchen Vertretern an praktischem Mieterchutz erwarten kann. Dasselbe könne man auch von der Regierung sagen.

Die Frage der Februarrente wird wieder brennend. Die Eingabe des Gesamtvorstandes an den Magistrat zur Januarrente sei auch zur Februarrente noch aktuell. Bei der Einstellung des Herrn Regierungspräsidenten zu den Miet- und Wohnfragen müsse befüchtet werden, daß statt Herabsetzung, die richtig wäre, eine Heraussetzung kommt. Die Reparaturfrage sei so brennend wie nie zuvor. Das Achtzigmilliardensache gebe dem Bauwirt reichlich Mittel zur Hand. Trotzdem höre man endlose Klagen. Der Redner verteidigt den Standpunkt, daß die beste Lösung auf der Grundlage des Mietmietengesetzes gefunden werden könne. Das Gesetz sei durch die Inflation keineswegs entkräftet, sondern habe sich „aufrecht“ erhalten. Ruhe und Frieden wird erst dann wieder in die Wohnungen einkehren, wenn Mieter und Vermieter nur noch die Betriebskosten gemeinsam zu regeln haben. Die Instandhaltungskosten müssen dem Hauswirt abgenommen und auf ein Konto eingetragen werden. Vorbedingung ist Stabilität der Währung. Er hoffe, daß das preussische Wohlfahrtsministerium diese Sicherung dem Mieter gebe. Das Wohnrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs sei zu ergänzen. Man könne nicht oft genug sagen: Wer den Mieterchutz aufbauen will, ist ein Feind des Volkes, ein Feind des Achtstundentags, ein Feind des Frauenwahlrechts. In der Wohnungsfrage könne sich die Frau staatsbürgerlich und volkswirtschaftlich äußern.

Sodann erörterte der Redner zwei Programmpunkte des Bundes der Wohnungsjugendlichen, welche u. a. in Nr. 229 des „General-Anzeigers“ vom 2. Oktober 1923 veröffentlicht seien. Diese lauten: „Die Wohnungen sind fluchtbar ohne Genehmigung des Mieteneinigungsamtes...“ „Die Wohnungsbeschlagnahmen und Nationalisierungen müssen sofort aufhören...“ Diese beiden Sätze bedeuten ein Programm. Selbst die Zeitung weist darauf hin, daß sie die Annahme erwecken, daß sie von dem radikalen Flügel der Hausbesitzer inspiriert worden seien. Die Absicht, die der Vertreter der Wohnungsjugendlichen, Krone, durch den Reichsligaabgeordneten Silberstein erfahren habe, verdiente seitens der Mietererschaft Beachtung.

Die Kanalgebühr sei für den Monat Januar vom Magistrat ermäßigt. Die Wohnungsfrage sei in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die schlimmsten Feinde des Volkes treiben mit der Wohnung die größte Heuchelei. Eine Lasten sei keine Wohnungswirtschaft möglich. Wenn es aber dem Volke schlecht ergehe, so müsse es sich immer wieder auf den 6. Juni 1920 besinnen, was damals gesündigt worden ist. Hoffentlich verabschiedet der preussische Wohlfahrtsminister die Grundlage zur Berechnung der gesetzlichen Miete nicht.

In der Ansprache wurde beschlossen, dem Gesamtvorstand es zu überlassen, welche Schritte bezüglich der Februarrente zu unternehmen sind. Einleitend machte der Vorsitzende Radak auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, daß, wenn für die Mieter Erfolge erzielt werden sollten, eine starke geschlossene Mieterorganisation vorhanden sein müsse. „Stammrod“ und „Kassauer“ dürfe es in der Mieterchaft nicht geben.

Das gute, billige Buch!

Buchhandlung Volksstimme, — Magdeburg, Große Münzstraße 3. —

Der 10- und 12-Stunden-Tag für die Gemeindearbeiter.

Die letzte Nummer der Zeitschrift des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände“ enthielt als Neuerscheinung unter einer bestimmten Rubrik, die in einigen Abhandlungen die vierjährigen Verdienste besonders hervorhob, auch einen Artikel des bekannten Arbeiterrechtlers Oberbürgermeisters Dr. Luppe (Münster), welcher vom Arbeitsgeberverband wünscht, „er möge auch weiterhin an der Fortbildung des Arbeiters tatkräftig mitwirken und zu seiner Vereinheitlichung und Vertiefung im Interesse unseres Vaterlandes beitragen“.

Wie der Vorstand des Reichsarbeitsgeberverbandes sich die „Fortbildung“ des Arbeiters denkt, zeigen seine an die städtischen Verwaltungen und Behörden gestellten ganz unerhörten Zumutungen auf Verlängerung der Arbeitszeit. Obwohl nach den Tarifverträgen die Vertragsparteien erst im Fall einer „gesetzlichen Neuregelung“ zur Neuregelung der tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit zusammenzutreten sollen und die neue Arbeitszeitverordnung erst am 31. Dezember 1923 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und vom 1. Januar 1924 an in Kraft getreten ist, überjante die Geschäftsstelle des Reichsarbeitsgeberverbandes dem Verbandsvorstande der Gemeindearbeiter bereits am 19. Dezember 1923 folgende Abänderungsvorschläge zu den Verträgen, die u. a. folgendes vorsehen:

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt durchschnittlich für den Tag 10 Stunden und — bei dienstplanmäßiger Regelung — in der Kalenderwoche 60 Stunden, ausschließlich der Pausen.

Die Arbeitszeit bei Wechselschichten, deren Einrichtung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu vereinbaren ist, beträgt bis zu 70 Stunden.

Eine Vereinbarung durchgehender Arbeitszeit soll nach den Vorschlägen nicht mehr möglich sein.

Jeder Arbeiter muß wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 24 Stunden erhalten.

In einem besonderen rechtskategorischen Anschreiben an den Verbandsvorstand wurde diesem sogar zugemutet, in einer Besprechung, die vom Arbeitsgeberverband schon am 21. Dezember 1923 festgesetzt wurde, zu einem endgültigen Abschluß zu kommen. Als vom Verbandsvorstand eine solche Verhandlung abgelehnt wurde, weil er im Gegensatz zum Reichsarbeitsgeberverband der Ansicht war, daß erst die bevorstehende neue Arbeitszeitverordnung abgemartet werden müßte, wurde vom Arbeitsgeberverband folgende provisorische Regelung vorgeklagt:

Sobald die Arbeitszeit für die Gemeindearbeiter neu geregelt wird, tritt die gleiche Regelung bis zur Beendigung der Verhandlungen gemäß Ziffer 1 für die Arbeitnehmer der Mitglieder des Reichsarbeitsgeberverbandes in Kraft, soweit für sie nicht bereits eine längere Arbeitszeit besteht.

Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich täglich 10 Stunden oder wöchentlich 70 Stunden. Soweit in regelmäßigen Diensten während eines Tages eine halbe Stunde oder mehr, in der Kalenderwoche 3 1/2 Stunden oder mehr Dienstbereitschaft enthalten ist, ist die Betriebsleitung befugt, die Dienstzeit um die Zeit der Dienstbereitschaft zu verlängern, jedoch darf die gesamte Dienstzeit (Arbeitszeit, Pausen und Dienstbereitschaft) 12 Stunden täglich oder 72 Stunden in der Kalenderwoche nicht überschreiten.

Andere Dinge, für die Betriebe günstigere, bezüglich oder örtlich vereinbarte Bestimmungen bleiben in Kraft.

Diese Vereinbarung gilt hinsichtlich der Kranken- und Alters-Anstalten nur bis zum Abschluß eines Reichsmanteltarifvertrages im Krankenhause, längstens bis zum 31. März 1924.

Hiernach soll also die Mindestarbeitszeit für alle Arbeitnehmer auf 10 Stunden täglich oder 60 Stunden in der Woche heraufgesetzt werden. Gleichzeitig soll aber die Mehrarbeit überhaupt nicht oder allenfalls erst von der nächsten Arbeitsstunde an bezahlt werden! Dieses hat man in den Anträgen schamhaft verschwiegen und erst später unheimlich zum Vorschein gebracht!

Während das Reichsverkehrsministerium jetzt in seinem Vorschlag, über den am 7. Januar 1924 die Verhandlungen begonnen haben, für die Eisenbahnarbeiter wenigstens die achtstündige Arbeitszeit für „ununterbrochene, besonders anstrengende“ Beschäftigung“ beibehält, glaubt der kommunale Arbeitgeberverband sich leisten zu können, auch von den Schichtarbeitern die zehnstündige Arbeitszeit — noch dazu unter Beachtung einer geringeren Arbeitszeit — zu fordern. Eine stärkere Proportionalität der städtischen Arbeiter ist wirklich nicht denkbar. Man will eine 12-Stunden-Schicht in 8 Stunden wöchentlich Ruhezeit. Dabei war bereits lange vor dem Krieg in vielen Betrieben der achtstündige Arbeitstag durchgeführt.

Ferner soll überall dort, wo einschließlich Dienstbereitschaft eine länger als 12stündige Arbeitszeit besteht, diese längere Arbeitszeit aufrechterhalten bleiben. Das nennt man dann wohl ein „einseitiges“ Arbeitsrecht schaffen!

Die Empörung unserer Kollegen über den bereits durch Rundschreiben unseren Kollegen bekanntgewordenen rücksichtslosen Vorschlag des Arbeitgeberverbandes ist verständlich und berechtigt. Aus dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes werden unsere Kollegen aber auch erkennen, daß sie ohne den Verband der Verwirklichung solcher und noch weit größerer Entrechtungen schutzlos preisgegeben sein würden.

Die Unterstützung erwerbsunfähiger Lehrer.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde ausgeführt, daß auf Grund eines ministeriellen Erlasses die Grundabträge für Unterstützungen an erwerbsunfähige, ohne Anspruch auf Ruhegehalt ausgeschiedene Lehrer und Lehrerinnen auf die Hälfte der für ausgeschiedene Staatsbeamte geltenden Sätze festgelegt seien mit der Begründung, es sei in erster Linie Sache der Schulverbände, ihren ausgeschiedenen Lehrern zu helfen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, in Fällen, in denen eine Verpflichtung der Schulverbände nicht anerkannt werden könne, die für ausgeschiedene Staatsbeamte geltenden Sätze voll zu zahlen. Wie der „Antliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, beantwortet der Unterrichtsminister die Anfrage folgendermaßen:

Zur Unterstützung ausgeschiedener Lehrer und Lehrerinnen ist eine Verpflichtung des preussischen Staates nicht vorhanden. Eine derartige Verpflichtung würde nach § 1 des Volksschulunterhaltungsgesetzes in erster Linie den betreffenden Schulverbänden obliegen, in deren Dienst die Lehrer gestanden haben. Das gilt auch für die Lehrer, die ohne ausdrückliche Mitwirkung eines Schulverbandes ange stellt oder in dessen Schuldienst beschäftigt worden sind. Es handelt sich also bei den staatlichen Unterstützungen lediglich um eine aus freiem Ermessen gewährte ergänzende Hilfe. Eine Erhöhung dieser Unterstützungen über die Hälfte der für ausgeschiedene Staatsbeamte gewährten Sätze ist aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen nicht möglich. Es erscheint im Gegenteil fraglich, ob bei der Notlage des Staates und bei der erforderlichen äußersten Beschränkung und Kontingentierung aller Ausgaben eine staatliche Unterstützung in dem bisherigen Umfang weiterhin wird aufrechterhalten lassen.

Der soziale Tanz.

Man soll nicht sagen, das deutsche Volk verändere nicht, die Zeichen der Zeit zu deuten und ein der allgemeinen Not entsprechendes würdiges Verhalten an den Tag zu legen. Wer daran etwa noch zweifeln sollte, der wird jetzt eines Besseren belehrt sein, wenn er von der neuesten Erregung deutscher Kultur Kenntnis genommen hat. Die von der preussischen Regierung eingeleitete und geförderliche Volkspfeifeaktion hat zwar schon einen recht anerkennenswerten Umfang angenommen, immerhin bleibt die Tatsache bestehen, daß bestimmte Kreise des Volkes, die zu größeren Spenden wohl imstande wären, nicht das geben, was man erwarten sollte. Da hat man nun einen verblüffenden Ausweg gefunden, der nach den bisherigen Erfahrungen wie auch seinem ganzen Charakter nach hervorragend geeignet erscheint, die soziale Stimmung des einzelnen im hellsten Licht erstrahlen zu lassen.

Wie der „Antliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, erscheint eine Erweiterung der Volkspfeifeaktion erreichbar durch eine Verbindung mit dem „Tanzsport“. Zuerst soll in Berlin damit begonnen werden: „Bisher war in den Hotels das Tanzen grundsätzlich verboten und in den Tanzstätten der öffentliche Tanz nur an 3 Tagen in der Woche zugelassen; in Zukunft soll das Tanzen in den Hotels einmal wöchentlich und in den Tanzstätten an einem vierten Tanztage gestattet werden unter der Voraussetzung, daß die Besucher dieser Lokale sich durch eine soziale Leistung an der Volkspfeife beteiligen. Diese wird in Anlehnung an die Einkommensteuer unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhoben, und zwar werden die Beiträge an die Volkspfeife des Berliner Magistrats abgeführt werden. Voraussetzungen erheblich sein. So werden zum Beispiel in einem bestimmten Tanzlokal im Zentrum von Berlin durchschnittlich an jedem Tanztage 2000 Eintrittskarten zum Preise von 2 Mark verkauft. Die soziale Leistung für die Volkspfeife beträgt daher nach dem beschlossenen Tarif 2000 x 50 Pfg. = 1000 Goldmark; es können also durch diesen Tanztage in diesem einen Lokal fast 5000 Besucher der Volkspfeife unentgeltlich beschäftigt werden, da die Herstellung eines Eintopfgerichts ungefähr 21 Pfg. kostet. Damit die enge Verbindung von Tanz und Volkspfeife auch äußerlich in Erscheinung tritt, wird auf den Eintrittskarten durch einen besonderen Stempel bemerkt werden, welchen Betrag der einzelne zugunsten der Volkspfeife gezahlt hat. Dennoch ist noch Vorzusage getroffen, daß nach Möglichkeit Räumlichkeiten für die Volkspfeife in den einzelnen Bezirken von den beteiligten Wirten kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“

Die Erweiterung der Volkspfeife ist zunächst in Berlin beachtlich. Es ist jedoch Vorzusage getroffen, daß auch in den anderen Großstädten Preußens die gleichen Einrichtungen getroffen werden, falls das Ergebnis in Berlin sich so gestaltet, wie es erhofft werden kann.

An sich ist es gewiß ein sehr gesunder Gedanke, den Luxus zugunsten der Notleidenden zu bekämpfen und es ist ja auch das übliche Mittel der guten bürgerlichen Gesellschaft, durch großartige Feste Mittel für die Wohltätigkeit aufzubringen. Neu ist aber, daß man jetzt allgemein die Tanzlustbarkeiten vermehrt — zum Wohle der Erwerbenden. Ist es nicht ein erhebender Gedanke, daß fortan Länge und Ausschweifungen sozusagen „in Erfüllung einer sozialen Pflicht“ bis dorthin ausgetüschelt werden können und gar noch amtliche Förderung erfahren? Wahrscheinlich, wie haben es weit gebracht!

„Flurhug“ im Januar?

Aus offiziellen Mitteilungen harrischer Regierungsbehörden ist bekannt, daß mit einer Wiederholung des Lubendorff-Bußes zu rechnen ist. Die Vorbereitungen sind sehr weit gediehen. Die Führer der radikalsten Aufstandsbewegung haben aus den Erfahrungen des 8. November einiges gelernt. Sie müssen, daß mit solchen Aufständen ihr Ziel nicht zu erreichen ist.









# Große Posten Schürzen

Während unseres Inventur-Ausverkaufs bringen wir  
ganz hervorragend billig!

- Ein Posten Wiener Schürzen aus geblümten Stoffen 1.65
- Ein Posten Wiener Schürzen bunt, mit Feitur 1.85
- Ein Posten Wiener Schürzen Juniperform, bunte Muster 1.95
- Wiener Schürzen extra weite Form 2.95
- Wiener Schürzen Juniperform, reich besetzt 3.95
- Wiener Schürzen bunt Satin, aparte Muster 4.95
- Damen-Handeln bester Wäsche-Stoff, mit Stiderei 1.95
- Damen-Beinkleider weite Form, geschlossen 2.25
- Korsett-Körper mit breiten und schmalen Trägern 0.50

- Gestreifte Schürzen Wiener Form, reich garn. 3.75
- Gestreifte Schürzen extra weite Form, mit Tasche 4.25
- Haus-Schürzen weite Form, mit Träger und Tasche 3.25
- Haus-Schürzen mit Beifach und Tasche, solide Qualität 2.25
- Rinder-Schürzen aus gestreiften Stoffen, verschied. Größen 1.00
- Rinder-Schürzen schwarz, mit und ohne farbigen Parteei 1.25

Große Reste enorm billig!

Raufhaus **R. Wittkowski** Breiteweg 61

Neue Kurse ab 5. Februar

## K. BRUCK'S

Jahres-Kurse  
Halbjahres-Kurse  
in  
kaufm. und landw. Buchführung,  
Handelsbriefwechsel, Rechnen, Steno-  
graphie, Debattenschrift, Maschinen-  
schreiben, Schönschreiben, Deutsch-  
Englisch, Französisch und Spanisch.

Kaufmännische Privatschule  
von **ALFRED BRUCK**  
Magdeburg,  
Kölner Str. 1 Fernspr. 1242

Jedes Unterrichts-  
kann einzeln  
betagt werden.

2 Stunden vom  
Bahnhof entfernt

**Stellenangebote**  
haben den besten Erfolg  
in der  
**Volksstimme**

**Verkauft**  
**Schneider**  
kaufen  
**Futterstoffe**  
am billigsten bei  
**Danziger & Grylack**  
Köbl. Hoffstraße 7  
6. St. u. v. Alten Markt  
Verf. u. a. u. a. u.

**Bavels**  
**Belobl-Anstalt**  
Südenstraße 36  
Liefer. sehr billig

**Göhlen und**  
**Abfälle.**

Unser pp. Landbrot  
kostet ab heute  
**50 Pfennig**  
und ist zu haben  
Zatobstraße 4 2437  
Lübecker Straße 25a  
Braunschweiger Str. 21  
Kurfürstenstraße 27  
Thiemstraße 15  
Baldowstraße 12  
Wasserstraße 4/5  
Artilleriestraße 11  
Alt-Fermersleben 55  
Konsumverein Klein. u.  
Groß-Otterleben.  
**Wiese & Co. Kom.-Havelberg.**

### Amtliche Bekanntmachungen.

Freitag den 18. Januar, Vorstadt 3  
Wied. in Gasthaus Bollensthal ein  
**Holzversteigerungstermin**  
statt. Es kommen zum Verkauf  
Forstrevier Pechau, Distrikt 1, 17 und 18:  
17 Süd Eichenabschnitt = 2,61 ha  
4 m Eichten  
80 m Eichten 2. Klasse  
360 m Eichten 3. Klasse  
12 Stück Kiefernabschnitte = 1,81 ha  
12 m Eichten  
24 m Eichten  
106 m Eichten 2. Klasse  
15 m Eichten  
44 m Eichten 3. Klasse  
1 m Kiefernabschnitt  
Forstrevier Kreuzdorf, Distrikt 15:  
200 m Eichten 3. Klasse.

### Bestandmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

Burg 211 Burg  
**Inventur-Verkauf!!**  
Sehr billige Preise.  
**Schuhhaus Eugen Tamm**  
Burg

**Archiv**  
Schaf-  
**Wolle**  
Estrich- u. M.-  
auf und fahrt sofort  
gegen  
Strich- u. M.-  
Maschinen-Strickerei  
Einzel- und engros-  
Verkauf  
**H. Märtenz**  
Magdeburg, O.-v.-Gerichte-  
Str. 103.  
Tel. 278

Von der Reise zurück  
**S.-R. Dr. Friede**  
Facharzt für Haut- und Beinleiden  
Magdeburg, O.-v.-Gerichte-  
Str. 103

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

Neue Kurse  
**Ferd. Simon's**  
kaufen, Privatschule  
inb. Heimoan Nies  
Viktoriastraße 2,  
a Hauptbahnhof.

**Wer**  
gibt höchste  
Preise für  
**Frauenhaar?**  
**Hermann Liesau**  
Burgstraße 29  
gegenüber dem  
Centralbeer.

**Das Fräulein von Scuderi**  
diese feierlich in der 'Volksstimme'  
abgedruckt und  
sehr gelebte Erzählung  
ist in  
**E. T. A. Hoffmanns Werken**  
enthalten. Der Dichter ist einer der  
besten Romantiker  
Guter Druck. Fester Einband!  
Preis der 4 Bände 12 Mark  
Ausnahmepreis bis zum 31. Januar  
**4 Bände 6 Mark**  
Buchhandlung Volksstimme  
Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

**Stendal**  
**Grüne**  
**Heringe**  
erfrischende Ware  
**P. Mastrow**  
**Stendal**  
**Bismarckstr. 21.**

**Neue Kurse**  
**Ferd. Simon's**  
kaufen, Privatschule  
inb. Heimoan Nies  
Viktoriastraße 2,  
a Hauptbahnhof.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

**Milatz**  
Natur-Homöopath  
für Hals-, Darm-,  
Lungenleiden und  
Rheumatisches Sprechen  
am Donnerstag, von  
5 Uhr an bei Fressdorf,  
Südend. u. Freitag  
von 4 Uhr an bei Kar-  
mann, Klein- u. D.-  
Linden, Ratowmarkt 30

**Achtung**  
**Ausnahme-Angebot!**  
Ich offeriere heute zu bedeutend herabgesetzten und konkurrenzlosen Preisen  
**Marken-Zigaretten**  
wie:  
pro Tausend pro Tausend  
Salem 35.00 Avramikos Virginia 28.00  
Wenest Rund 26.00 Avramikos Raconta 31.00  
Wanest Orange 30.00 Massary Classe 30.00  
Pteo Capitän 31.00 Massary Caid 32.00  
Pteo Prinzessas 36.00 Massary Real 43.00  
Pizo Rainas 45.00 Halpaus Rittmeister 32.00  
Reemtsma R. 6 28.00 Halpaus Nr. 300 33.00  
Reemtsma Standard 33.00 Constantia Reitschule 31.50  
Reemtsma Reta Sorte 39.00 Constantin Orplid rot 52.00  
Reemtsma Gelbe Sorte 44.00 Constantin Orplid grün 32.00  
Reemtsma Cavala 96.00 Barbaty Matos 31.00

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

### Bekanntmachung

betreffend die Aufhebung der Wohnungsbaugesellschaft.  
Die Mitglieder der Wohnungsgesellschaft haben am  
19. November 1923 beschlossen, die Gesellschaft auf-  
zuheben und den bestehenden Wohnungsbau-  
abzuteilen. Der Herr Reichs-Verordnungs-  
präsident in Magdeburg hat diese Beschlüsse  
unter dem 7. Januar 1924 genehmigt.  
Burg, den 14. Januar 1924 Der Magistrat.

**Stendal**  
**Grüne**  
**Heringe**  
erfrischende Ware  
**P. Mastrow**  
**Stendal**  
**Bismarckstr. 21.**

**Achtung**  
**Ausnahme-Angebot!**  
Ich offeriere heute zu bedeutend herabgesetzten und konkurrenzlosen Preisen  
**Marken-Zigaretten**  
wie:  
pro Tausend pro Tausend  
Salem 35.00 Avramikos Virginia 28.00  
Wenest Rund 26.00 Avramikos Raconta 31.00  
Wanest Orange 30.00 Massary Classe 30.00  
Pteo Capitän 31.00 Massary Caid 32.00  
Pteo Prinzessas 36.00 Massary Real 43.00  
Pizo Rainas 45.00 Halpaus Rittmeister 32.00  
Reemtsma R. 6 28.00 Halpaus Nr. 300 33.00  
Reemtsma Standard 33.00 Constantia Reitschule 31.50  
Reemtsma Reta Sorte 39.00 Constantin Orplid rot 52.00  
Reemtsma Gelbe Sorte 44.00 Constantin Orplid grün 32.00  
Reemtsma Cavala 96.00 Barbaty Matos 31.00

**August Drewes**  
Tabakwaren-Grosshandlung  
**Magdeburg, Oranienstrasse 3**

Die Zigarette des täglichen Bedarfs

**Zetko Gold**

Die Zusammenstellung unserer Mischungen erfolgt auch heute noch unter der persönlichen Leitung des Seniorchefs der Firma. Seine 45jährige Praxis sowie der langjährige Aufenthalt in den bekanntesten Tabakzentren bürgen daher für die

**Hochwertigkeit**

unserer Erzeugnisse.

**Zetko Gold**  
die milde Orientzigarette  
**3 Pfg.**

**Mitteldeutsche Cigaretten-Fabrik Akt.-Ges.**  
Halle a. d. S.

Generalvertretung und Lager für Magdeburg

**Hermann Felixbrodt, Magdeburg, Sandtorstraße 6**

Überall erhältlich!

Mit **starken Kernsohlen**  
für **wenig Geld**  
werden

binnen 24 Stunden

Sie Stiefel best. Sie.  
Mein Prinzip ist gute Sohlen,  
billig und erprobte Arbeit.  
Sind Sie nicht zufrieden gewesen, dann  
besuche ich Ihnen die Stiefel noch einmal  
**umsonst.**

Betriebl. Schuhmacherei  
von

**Max Zabel**  
Stur Börschhofstraße 11  
3. Haus vom Alten Markt

**Dauerwäsche**  
Kragen von 0.75 an  
Vorhemden v. 1.10 an  
Manschetten 2.00 an

**Hugo Nehab**  
Johannisbergstraße Nr. 2.

**Circus Kenny**  
Blumenfeld-  
Gebäude  
Telephon 3224

**Das neue Programm**

ab Mittwoch, 16. Jan.  
des  
Gastspiels  
letzte 14 Tage

Neue Reiterei  
Neue Akrobatik  
Neue Dressuren  
Neue Spähmacher  
Neue Luftgymnastik

Das Gastspiel  
dauert nur noch  
bis 31. Januar  
und ist eine Ver-  
kürzung aus-  
geschlossen.

**Arkadia**

7 Uhr Die 7 Uhr  
**15**

Stimmungs-Kanonen  
der  
Sagerer-Truppe  
H. a.:  
Michl Holz  
Kati Himberg.  
Die einstudierten  
Sonntag:  
**Boßlerfest.**

**Städtische Theater**

Stadttheater  
Mittwoch, 16. Januar  
2. Abend  
Die Mücke des  
Herrmann

Schauspiel von Fr. C.  
Sautwald  
(Erich Feldhaus).  
Auf. 7 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.  
Städt. Theater  
Mittwoch, 16. Januar  
Vorh. 1. u. 2. Volksbühne  
5. Abend  
Eine Abrechnung  
Romdile von G. Wied.  
Hierauf  
Der zerbrochene Krug

**Zentral**

7 1/2 Mittwoch u. Donners- 7 1/2  
tag (16 u. 17. Jan.)

**Gastspiel-Abende**

Katja . . . Fritzi Arco

Sascha . . . Hans Horsten

Freitag den 18. Januar

Der Fürst von Pappenheim

Operette in 3 Akten von Hugo Birich.

3 1/2 Sonntag 7 1/2

**Eisbahn** **Großes Sportfest** **Eisbahn**  
Sonntag, den 16. d. M., von nachm. 3 Uhr an,  
auf dem Sandtor-Platz der große Eishockey-  
Wettbewerb auf vierfeldiger Eishalle.  
**Die große Sensation**  
Anleitung auf dem Eise unter Mitwirkung von  
berühmten Eishockeyspielern bei feierlicher Preisverteilung.  
**Die Mondscheinfahrt.**

**Echt bayerische Biere**  
erreicht in Reinheit,  
Reichlichkeit, Bekanntheit  
unvergleichlich in Deutschland.  
**Wilhelm Dräger**  
Seitenstr. 41, Magdeburg, Telefon 135

*Alconapf  
das größte  
Tiefengülere!!!*

Altkonische, gute Qualität!  
Getränk: beizendlich erfrischend!

**Arbeitsmarkt**

**Ein Mechaniker**

Ein Mechaniker in der Werkstatt ge-  
sucht. Bei Interesse unter K. H. 223 an die  
Experten-Körperschaft senden.

Die Sachen für einen Mechaniker unter  
Arbeitsmarkt in Döberitz

**Lehrling**

mit guter Schulbildung. Gute Lohnverhältnisse.  
**Paul Siebert** in Magdeburg

**Neustädter Lichtspiele**

Stimmung bis Donnerstag!

**Der wilde Freiger**

Später-Comedianerinnen nach dem Hof. Mitwirkende  
Stimmen mit Karl Brandt, Jan. Kellner,  
Suzanne Gera, Paul Wenzel, Albert  
Panting und andere.

Öffnung: 7 1/2 9 1/2 11 1/2 Uhr

**Silber des Lebens**

**Gute Bücher** empfiehlt Buchhdlg. Volksstimme

*Mutter,  
Dein Kind ruft!*

Ein Film,  
von dem die Welt spricht

ab Freitag in den

**Walhalla-Lichtspielen**